

# Interview

mit der Präsidentin Sri Lankas, Chandrika Kumaratunga

Als sie im August 1994 Ihr Amt als Ministerpräsidentin antraten, versprachen Sie, den ethnischen Konflikt zu lösen. Sie verhandelten mit den 'Liberation Tigers' (LTTE) und begannen nach dem Bruch des Waffenstillstandabkommens im April 1995 einen - von Ihnen so genannten - "Krieg für den Frieden". Der strebte zum einen an, die LTTE militärisch in die Enge zu treiben und zum anderen, die Tamilenfrage politisch erneut zu fokussieren. Aber nach dem Rückschlag von Mullaitivu, wo die LTTE eines der größten Militärlager überrannte, sieht es offensichtlich wieder anders aus. Was halten Sie von dieser Einschätzung?

Im Krieg gewinnt man nicht jede Schlacht, auch wenn man letztendlich den Krieg gewinnt. Besonders wenn man Krieg gegen eine terroristische Guerilla-Organisation wie die LTTE führt, kann man nicht die Ergebnisse erwarten wie in einem Krieg traditioneller Art. Was das rein Militärische angeht, haben wir insgesamt aber Erfolg gehabt. Zum ersten Mal seit Kriegsbeginn ist es den Regierungstruppen gelungen, den größten und wichtigsten Teil der Nordprovinz einschließlich der Stadt Jaffna unter Kontrolle zu bringen. Zudem leben jetzt 60 bis 70 Prozent der Bevölkerung der Nordprovinz in regierungskontrollierten Gebieten. Wir haben für

diesen Sieg nur sieben Monate gebraucht. Der größte Rückschlag ist zweifellos Mullaitivu; in puncto Killinochchi sind wir aber ein gutes Stück vorangekommen (siehe dazu auch den Meldungsteil, d.Red.).

Was waren die Gründe für das Mullaitivu-Debakel? Haben Ihre Militärs die Fähigkeit der LTTE unterschätzt, ein großes Lager einzunehmen?

Dieses Militärlager hätte bereits vorher mehrmals angegriffen werden können, da es isoliert inmitten von ohnehin durch die LTTE kontrolliertem Gebiet liegt. Besonders nach der Einnahme des Jaffna-Distrikts durch die srilankische Armee sind die LTTE-Kader sämtlich in Bedrängnis gekommen. Die LTTE war schwerpunktmäßig in dieser Region konzentriert. Es ist dichtes Dschungelgebiet und wann immer Prabakaran in Gefahr gerät, weicht er nach dort aus und hält sich verborgen. Sie haben Dschungel- und unterirdische Verstecke und Schlupfwinkel. Dieses Lager war bisher die einzige kleine 'Insel' inmitten von LTTE-okkupiertem Gebiet, und es war offenkundig, daß es gerade zu jenem Zeitpunkt gefährdet war.

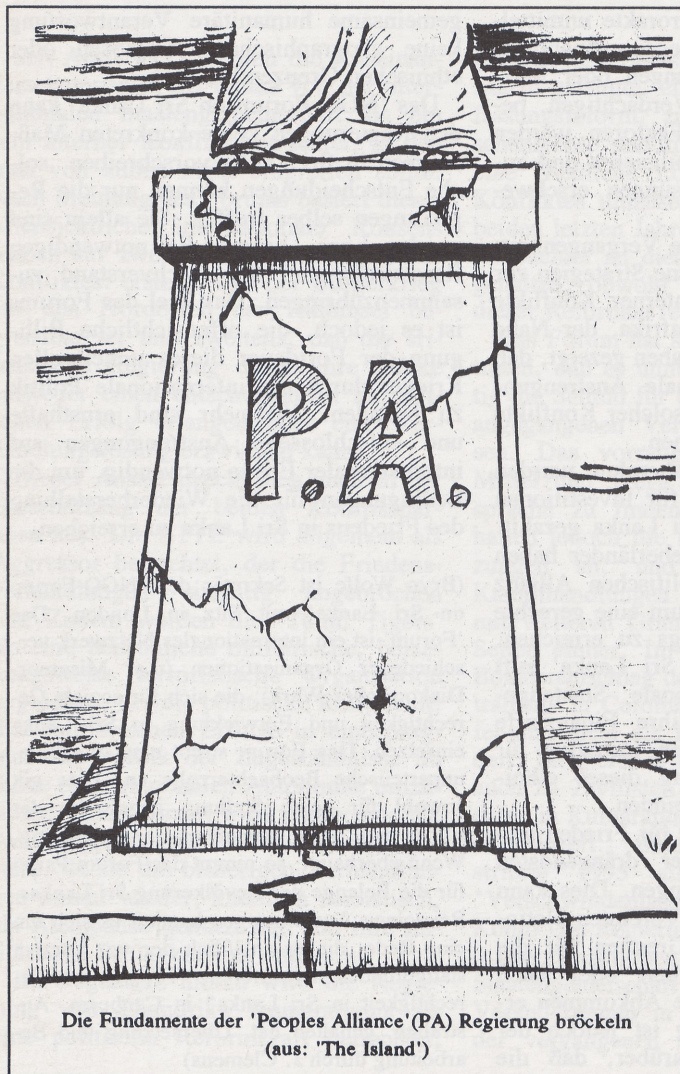
Um eine politische Lösung zu finden, müssen die politischen Konzepte und die Verfassungsreformen vom Parlament verabschiedet werden. Wie glauben Sie, kann das vonstatten gehen und vor allem wann?

Ich kann Ihnen nicht die genauen Details über das Vorgehen mitteilen, aber wir beabsichtigen, eine tragfähige Lösung bis Ende des nächsten Jahres zustande zu bringen. Als eine verantwortungsbewußte Regierung müssen wir auf das Äußerste vorbereitet sein. Während wir das Gespräch mit der 'United National Party' (UNP) auf verschiedenen Ebenen fortsetzen, um zu einem Konsens zu kommen, stelle ich fest, daß die UNP sich im Hinblick darauf als nicht sehr verantwortungsbewußt zeigt. Diese Partei hat bislang noch keine Alternativen auf unsere Verfassungsvorschläge unterbreitet. Aber wir werden weiter mit ihnen im Gespräch bleiben.

Um noch einmal auf den Friedensprozess insgesamt zurückzukommen: Ihre Regierung ist nicht die einzige, die mit der LTTE in Kontakt getreten ist. Denn es gibt bereits eine ganze Geschichte von gescheiterten Verhandlungen (aus den 80er und 90er Jahren, d.Red.): Zu nennen sind da Thimpu, Bangalore, das Indo-srilankische Abkommen, die Premadasa-Prabakaran-Gespräche und der Dialog zwischen der LTTE und Ihrer Regierung. Wenn Sie eine Hauptursache für das Scheitern all dieser Verhandlungen benennen müßten, welche würde Ihnen einfallen?

Wenn Sie mir eine solche Frage vor meinem Amtsantritt gestellt hätten, hätte ich alle möglichen theoretischen, vor allem aber menschlich-wohlwollenden Erklärungen zur Hand gehabt. Nachdem ich nun aber durch vergebliche Verhandlungen mit der LTTE ein gebranntes Kind bin, komme ich ganz schlicht zu der Überzeugung, daß die 'Tigers' nicht ernsthaft an einer friedlichen Verhandlungslösung interessiert sind, ja daß sie es niemals waren.

Einige Beobachter glauben, es liege auch an der Nicht-Existenz einer neutralen dritten Partei in der Verhandlungsarena. Indien hat bislang die Rolle eines selbsternannten Schlichters gespielt, indem es beide Seiten zu einem Abkommen drängte; andere dritte Kräfte wurden dadurch bislang wohl abgeschreckt. Stehen Sie einer solchen dritten, neutralen Gruppe im Verhandlungsprozeß offen gegenüber?



Die Fundamente der 'Peoples Alliance' (PA) Regierung bröckeln (aus: 'The Island')



Ja. Ich habe das immer befürwortet. Wenn die Bedingungen korrekt sind, in jedem Fall. Wir haben die LTTE in der Vergangenheit dazu zu überreden versucht; sie sollte Personen dafür nominieren. Wir wollten auch eine neutrale Person aus einem neutralen Land gewinnen. Die LTTE hat alles abgelehnt.

**Was, glauben Sie, sind die zu erfüllenden Vorbedingungen zur Schaffung einer neutralen Schlichterinstanz?**

In erster Linie müßten wir den Eindruck bekommen, daß sich die LTTE wirklich um eine friedliche Konfliktlösung via Verhandlungen bemüht, und nicht die Dauer von Verhandlungen dazu nutzt, sich zu reorganisieren, um dann wieder zuzuschlagen, wie sie es viele Male zuvor schon praktiziert hat.

**Was muß passieren, damit Sie zu dieser Ansicht kommen können?**

Ich könnte Ihnen zahlreiche nennen. Wir verlangen jetzt von der LTTE eine vollständige Beendigung der Kampfhandlungen und der Waffengänge, bevor wir den Verhandlungsdialog mit ihnen wieder aufnehmen können. Doch natürlich kann die Einbeziehung einer dritten Partei, die Kontakt herstellt und Gespräche beginnt, unabhängig davon geschehen, wenn andere Prämissen erfüllt sind.

**Wenn morgen der LTTE-Führer Parbakaran öffentlich bekanntgibt, er wolle mit der Regierung über einen Vermittler verhandeln, der von beiden Seiten akzeptiert werden könnte, wie würde Ihre Regierung dann reagieren?**

Wir müßten das sorgfältig prüfen. Grundsätzlich wären wir glücklich darüber. Aber es hängt davon ab, wer der Vermittler ist. Es haben sich schon zahlreiche Personen bzw. Organisationen angeboten - Friedens-NGOs, deren eigene Existenz von ihrer Involvement in den Friedensprozeß abhängt, verschiedene Persönlichkeiten und sowie einige Staaten. Wir werden deren Eignung genau unter die Lupe nehmen und dann entscheiden.

**Wo hat Ihre Regierung bisher versagt? Was würden Sie beim**

**Blick zurück heute anders machen?**

Ich würde es nicht Versagen nennen, aber unser größtes Defizit besteht darin, es nicht geschafft zu haben, den öffentlichen Sektor zu reformieren oder wenigstens seine Starrheit etwas zu verändern. In allen anderen Bereichen haben wir unsere Ziele realisiert oder sind jedenfalls auf dem besten Wege dazu. Wir wollten hauptsächlich vier Dinge verwirklichen: Erstens, das Terror-Regime (der UNP, d.Red.) beseitigen und die Demokratie wiedereinführen. Zweitens, den Bürgerkrieg zu einem Ende bringen. Während meiner Amtszeit waren wir da sehr erfolgreich, wie ich meine. Wir hatten schon viel erreicht, politisch wie militärisch. Obwohl wir auf dem richtigen Wege sind, so wünschte ich mir doch, daß einiges anders gelaufen wäre. Drittens, der Kampf gegen Korruption. Man kann davon ausgehen, daß auf den höheren Ebenen die zu treffenden wichtigen Entscheidungen nicht aus monetärem Eigennutz, sondern einzig zum Wohl des Landes getroffen worden sind. Wir mögen im besten Glauben Fehler gemacht haben, aber Korruption war da sicher nicht im Spiel. Auf den Ebenen darunter ist Korruption zwar noch virulent, doch inzwischen sehr minimiert, weil wir es oben nicht mehr zulassen. Viertens, ein erfolgreicher Kampf an der wirtschaftlichen Front. Der ist auf einem vielversprechenden Weg, wiewohl ich mir erhoffe, der Entwicklungsprozeß käme schneller in Gang. Wir haben schon viel erreicht, und das bei all den Hindernissen, die durch den Bürgerkrieg hervorgerufen worden waren. Aber leider sind wir, wie gesagt, bei einer Reformierung des öffentlichen Dienstes bis dato gescheitert. Und da glaube ich, müssen wir jetzt einschneidende Maßnahmen ergreifen. International haben wir ebenfalls an Ansehen zurückgewonnen, aber auch da bleibt noch viel zu tun. Vor dem Hintergrund des bis heute Erreichten, bin ich jedoch zufrieden und zuversichtlich, daß wir auch noch unsere übrigen Ziele erfolgreich erreichen werden.

(Das Interview, das in gekürzter Form übernommen wurde, erschien in 'Frontline', Madras, 4. Oktober 1996. Übersetzung: Bernd Basting)

## Politik der Umsiedlung

Von A.S. Panneerselvan

---

**Der jüngste Strom srilankischer Flüchtlinge droht für die indische Regierung zu einem diplomatischen Minenfeld zu werden.**

---

Zeigt sich auch die aktuelle Migration von eintausend Flüchtlingen in den indischen Bundesstaat Tamil Nadu verglichen mit der Flüchtlingsflut in den 80er Jahren als eine Marginalie, so entstehen damit doch für die Politik im südlichen Indien einige Turbulenzen. Nach dem Attentat auf Rajiv Gandhi 1991 hatte es nahezu keine Flüchtlingswanderungen mehr aus den von Tamilen besiedelten Gebieten Sri Lankas nach Indien gegeben. Die wachsenden Spannungen auf der Insel wurden gemeinhin als eine

"innere Angelegenheit" betrachtet und Delhi hatte sich als bereits gebranntes Kind fortan für eine Strategie der Zurückhaltung im Volksgruppenkonflikt entschieden. Die Einnahme der Halbinsel Jaffna durch sinhalesische Regierungstruppen im Dezember 1995 und deren Versuche, während der letzten Wochen die Killinochchi-Region einzunehmen, erzeugte dann zur Überraschung und Erleichterung Delhis bisher keinen Massenexodus nach Indien. Heute stammen die Menschen, die sich als Flüchtlinge über die Meerenge gerettet haben, nicht aus den nördlichen Jaffna und Killinochchi Distrikten und auch nicht aus den nordöstlichen Regionen von Mullaitivu und Trincomallee. Stattdessen stammen sie aus dem nordwestlichen Mannar-Distrikt. Die wachsende Eskalation des Konflikts in dieser Gegend und die brutale Weigerung der

srilankischen Regierung, die Menschen dort angemessen mit Nahrungsmitteln zu versorgen, zwingt sie dazu, die Flucht anzutreten. Und dies trotz der Überwachung dieser Gebiete durch srilankische Marine und indische Küstenwache.

Die Flüchtlingsbewegungen aus Sri Lanka könnten jedoch schnell politischen Zündstoff in Indien erzeugen. Zum einen könnten die Oppositionsparteien das Schreckgespenst einer Infiltration von LTTE-Kadern heraufbeschwören, zum anderen könnte die Unionsregierung dazu zwingen, öffentlich zur Krise in Sri Lanka Stellung zu beziehen. Sollte die indische Regierung dabei Colombo unterstützen, würde die in Tamil Nadu derzeit regierende 'Dravida Munetra Kazhagam' (DMK), die Mitglied der in Delhi regierenden 'United Front'-Regierung ist, schnell Gefahr laufen, als "Verräter der tamilischen Interessen"